

» ES IST
GESCHEHEN

9. November
1938 - 2023
18:00 Uhr

UND
FOLGLICH

KANN ES
WIEDER GESCHEHEN.

Primo Levi

«

Gedenkbroschüre zum 85. Jahrestag
der Novemberpogrome

Liebe Leser*innen,

vor 85 Jahren ereigneten sich im damaligen Deutschen Reich die sogenannten Novemberpogrome gegen die jüdische Minderheit.

Seit über 33 Jahren organisieren Berliner Antifaschist*innen jährlich am Mahnmahl Levetzowstraße ein Gedenken an die Opfer der Pogromnacht mit einer anschließenden Demonstration durch Berlin-Moabit. Die Broschüre ist aus dieser Zusammenarbeit hervorgegangen. Neben dem Aufruf zum Gedenken am 9. November versammelt die Broschüre einige Informationen zu antisemitischen Vorfällen im letzten Jahr sowie Gruppen und Initiativen, die sich gegen Antisemitismus und für ein Wachsen der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus engagieren.

Darüber hinaus befassen sich die Beiträge mit verschiedenen antisemitischen Vorkommnissen der letzten Jahre, wobei Entwicklungstendenzen skizziert und kritisch kommentiert werden.

85 Jahre nach der Reichspogromnacht sitzen Nazis wieder in Parlamenten und können sich über beste Umfragewerte freuen. Der politische Rechtsruck

schafft zunehmend ein Klima, in dem die Angriffe auf das Gedenken an den Holocaust immer offener erfolgen. Der Beitrag der Berliner VVN-BdA beschäftigt sich vor diesem Hintergrund mit dem Antisemitismus in der AfD. Antisemitismus kommt aber nicht nur von rechts, sondern aus nahezu allen politischen Milieus. Ein Beitrag der EAG wirft Streiflichter auf die diversen antisemitischen Vorfälle im letzten Jahr.

In einem Beitrag der Initiative „Wir waren Nachbarn“ stellt diese einen Audiowalk vor, der durch Moabit führt und Einblicke in das Schicksal jüdischer und nicht-jüdischer Menschen während des NS gibt.

Am 9. Oktober 2023 jährte sich zum dritten Mal der Tag des Halle-Attentats, bei dem ein Rechtsterrorist versuchte einen Massenmord an Jüdinnen*Juden zu begehen, die in der Synagoge zusammengekommen waren, um Jom Kippur, den höchsten jüdischen Feiertag, zu feiern. Der Artikel „Antifa heißt Solidarität mit allen Jüdinnen*Juden“ bettet das Halle-Attentat in den antisemitischen gesamtgesellschaftlichen Kontext ein.

In dem Artikel „(Anti-)Antisemi-

tismus, Recht und Justiz“ wird ein antisemitismuskritischer Blick auf ausgewählte Gerichtsurteile der jüngeren Vergangenheit in der BRD gerichtet und die Verharmlosung und Nichtanerkennung antisemitischer Tatmotive vor dem Hintergrund einer ausgebliebenen NS-Auseinandersetzung in Rechtswissenschaft und -praxis problematisiert.

Dass der gewaltvolle Antisemitismus der Deutschen weiter als 1933 oder 1938 zurückreicht, zeigt das „Scheunenviertelprogramm“ gegen die jüdische Minderheit noch zu Zeiten der Weimarer Republik. Ein Beitrag der VVN-BdA widmet sich diesem fast vergessenen Verbrechen.

Schließlich zeigen auch die jüngsten Terrorangriffe der Hamas und die bagatellisierenden und irreführenden Einordnungen als legitimer Befreiungskampf die Relevanz des politischen Erinnerns und des Kampfes gegen jeden Antisemitismus, insbesondere auch den israelbezogenen.

Wir wünschen Euch eine informative und anregende Lektüre
Die Redaktion.

Impressum

Antifaschistisches Gedenkbündnis an die Novemberpogrome
c/o: Berliner VVN-BdA e.V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Auflage: 1.000 Stück
Stand: Oktober 2023

Eigendruck im Selbstverlag

V.i.S.d.P.:

M. Meier, Alt Moabit 25, 10555 Berlin

Kein Vergeben – kein Vergessen: Gedenken heißt Handeln!

Als antifaschistisches Bündnis rufen wir am 9. November 2023, am 85. Jahrestag der Novemberpogrome, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal Levetzowstraße mit anschließender kraftvoller, antifaschistischer Demo durch Moabit auf.

Der 9. November 1938 war der Höhepunkt der Novemberpogrome und das Fanal für den Massenmord an über 6 Millionen Jüdinnen*Juden. Schrittweise hatten die Nazis bis dahin die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung mit Berufsverboten, dem Ausschluss aus Universitäten, dem Raub jüdischen Eigentums und der Markierung von Jüdinnen*Juden und anderen Minderheiten als "rassische Feinde" der sogenannten "Volksgemeinschaft" betrieben. Die Reichspogromnacht stellte den Übergang von der Diskriminierungs- zur Vernichtungspolitik dar. Staatlich orchestriert und angestoßen, kam es überall in Deutschland und Österreich unter der Anführung von SA und SS zu einem hasserfüllten Ausbruch des deutschen Mobs gegen die jüdische Bevölkerung. In ihrer antisemitischen Zerstörungswut plünderten sie jüdische Geschäfte und Wohnungen, zerstörten Friedhöfe und über die Hälfte der Synagogen und Gebetshäuser; viele wurden in Brand gesteckt. Jüdinnen*Juden wurden durch die Straßen ge-

trieben, verschleppt, inhaftiert, vergewaltigt. Über 1.300 wurden ermordet. Am 10. November erfolgten die ersten reichsweiten, systematischen Deportationen von 30.000 Jüdinnen*Juden in die ersten Konzentrationslager. Mit der weiteren Entrechtung und dem Verbot der Auswanderung ab 1941 wurden immer mehr Jüdinnen*Juden verhaftet. Die Menschen, denen es nicht gelang zu fliehen oder sich zu verstecken, wurden weiter über die Deportationsstationen in die besetzten Ostgebiete geschickt, um sie dort in den Vernichtungslagern zu ermorden. Allein vom Güterbahnhof Moabit wurden über 32.000 Jüdinnen*Juden deportiert. In langen Marschkolonnen wurden sie mitten am Tag durch Moabit getrieben, das rund um das Westfälische Viertel Heimat vieler Jüdinnen*Juden war, um in den am Bahnhof bereit stehenden Waggons abtransportiert zu werden. Was bis dahin eine unheilvolle Bedrohung war, wurde Realität: Der vom antisemitischen Wahn getriebene Versuch der Vernichtung aller und jedes einzelnen

Juden, jeder einzelnen Jüdin, der erst mit der Niederlage Nazideutschlands 1945 gestoppt werden konnte.

Die heutige deutsche "Erinnerungskultur", die von Staat, Politik und Zivilgesellschaft getragen wird, war ein langer, widerstands- und widerspruchsvoller Prozess, der teils von Überlebenden und Antifaschist*innen erkämpft, von juristischen Meilensteinen wie dem Eichmann- und den Auschwitzprozessen angestoßen, aber auch durch die staatliche Institutionalisierung des Gedenkens ab den 1990er Jahren stabilisiert wurde. Damit wurde die "Aufarbeitung der Vergangenheit" zugleich zur staatstragenden Doktrin funktionalisiert. 1945 wurde zur Stunde Null, zum ideologischen Symbol des absoluten Bruchs mit der "Volksgemeinschaft". Vom Fortleben nationalsozialistischer Ideologie wollten und wollen die gut gewordenen Deutschen nichts wissen. Bis heute gilt: "Von allem nichts gewusst!" In ihren Familien gab es keine Nazis, alle

waren im Nachhinein kleinere oder größere Widerständler*innen. Die liberale Bundesrepublik ist heute "stolz" auf ihr Holocaustmahnmal, weil sie einen Schlussstrich unter die Vergangenheit gesetzt hat.

Doch neben den kontinuierlichen und unverhohlenen Angriffen auf das Gedenken an die Shoah und dessen Leugnung von Neonazis und anderen Rechten, bricht sich auch die unbewusste Schuldabwehr der Erinnerungsgemeinschaft selbst immer wieder Bahn. Etwa wenn Liberalnationale von der "Moralkeule Auschwitz" sprechen (Martin Walser), der Antisemitismus der Linksliberalen so schwer auf ihnen lastet, dass er "gesagt werden muss" (Günter Grass), antisemitische Flugblätter in Schulranzen von heutigen Regierungsverantwortlichen als "Jugendsünde" bezeichnet werden (Hubert Aiwanger) oder in Form der Anschläge und hinterlassenen antisemitischen, rassistischen, LGBTIQ*-feindlichen Schriften in Berlin, etwa an der abgebrannten Bücherbox am Gedenkort Gleis 17 und dem Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Dies zeigt sich ebenfalls häufig, wenn eine vermeintlich linke Palästinasolidarität dafür herhalten muss, die eigenen antisemitischen Aggressionen gegen den jüdischen Staat mit moralisch gutem Gewissen ausleben zu können. Dabei dient der israelische Staat nicht nur als Projektionsfläche für die "Vergangenheitsbewältigung" der deutschen Antisemit*innen, er ist auch das internationale Feindbild eines globalen Antisemitismus geworden – ganz unabhängig davon, welche Regierung in Israel an der Macht ist.

Es gilt für uns Antifaschist*innen, für die Existenz des Staates Israel, das heißt den Staat der Überlebenden der Shoah, als Zufluchtsort und notwendige Si-

cherheitsgarantie für Jüdinnen*-Juden einzustehen und sich mit der starken israelischen Demokratiebewegung zu solidarisieren.

Antifaschistisches Gedenken heißt für uns, die Widersprüche der deutschen "Vergangenheitsbewältigung" ernst zu nehmen, jede Form des deutschen "Wir" anzugreifen und das Fortwähren des Antisemitismus aufzuzeigen und zu bekämpfen – erst recht in Zeiten einer sich erneut verschärfenden deutschen und europäischen Politik gegen Geflüchtete, wieder aufkeimenden rassistischen Mobilisierungen und extrem rechten Wahlerfolgen.

Das Bündnis zum Gedenken an den 9. November ruft auch dieses Jahr wieder zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf. Anschließend wird eine antifaschistische Demonstration durch Moabit zum Deportationsmahnmal auf der Putlitzbrücke führen.

Unser Gedenken heißt:

Solidarität mit allen von Antisemitismus Betroffenen und Israel als ihrem Zufluchtsort

Keine Versöhnung mit Deutschland

Gegen jeden Antisemitismus

Streiflichter auf antisemitische Diskurse im letzten Jahr

Er ist nicht verschwunden, der klassische Antisemitismus. Auch im Jahr 2023 ist es in Deutschland zu etlichen Anschlägen auf Synagogen, auf jüdische Friedhöfe und Angriffe auf als Jüdinnen*Juden erkennbare Personen gekommen (siehe Chronik in diesem Heft). Manche, aber nicht alle dieser Taten wurden mit der Politik Israels begründet. Dass die Täter*innen dadurch ihren Antisemitismus offenbaren, weil ihre Ideologie keine Unterscheidung zwischen Jüdinnen*Juden und Israel zulässt, ist offensichtlich. Vieles, was zum Themenbereich im Jahr 2023 geschah, war jedoch chiffrierter und geschah in gesellschaftlichen Kontexten, zu denen auch islamistische und sich als links und antirassistisch verstehende Menschen gehören. Ein Streiflicht durch das Jahr.

Wie schon im letzten Jahr wurde die diesjährige Berliner Gedenkdemo an den rassistischen Anschlag in Hanau im Februar 2023 deutlich von israelfeindlichen Aktivist*innen gehijacked. Statt um den Rassismus des Täters oder das offensichtliche Versagen der Polizei und Ermittlungsbehörden, ging es nicht wenigen Teilnehmer*innen mehr um Agitation gegen Israel. Die Migrantifa Berlin gab zur Demo neben antirassistischen Parolen auch die Losungen „Von Hanau bis nach Gaza - yallah Intifada!“ und „Palästina Kurdistan! Intifada Serhildan!“ aus. Der Judenmord wurde damit nicht nur mit dem Befreiungskampf der Kurd*innen gleichgesetzt. Auch

wurde erneut die antisemitische Ideologie des Hanauer Täters galant unterschlagen zugunsten eines antisemitisch aufgeladenen Hijackings dieser wichtigen antirassistischen Gedenkdemo.

Um die verschwörungsideologische Querdenken-Bewegung ist es zwar verhältnismäßig ruhiger geworden als noch im Vorjahr, aber die Szene hat sich extrem rechts politisiert und vernetzt. Deren Ideologie weist viele antisemitische Elemente auf bzw. kann auch als strukturell antisemitisch bezeichnet werden. NS-Verharmlosung, „Die-da-Oben“-Rhetoriken in Verbindung mit Opferphantasien eines gebeutelten deutschen Volkes sowie offener

Antisemitismus gegen Jüdinnen*Juden gehören zum festen Repertoire von Querdenken-Akteuren. Ein Teil von ihnen hat es in die „Friedensbewegung“ gespült, ein anderer hat sich fest in der extrem rechten Szene eingefunden. Am 3. Oktober 2023 mobilisierte das verschwörungsideologische Spektrum über 4.000 Reichsbürger*innen, Neonazis und andere völkische Deutschlandfans nach Berlin, die in einem Fahnenmeer aus Reichs- und AfD-Flaggen „Freiheit und Volksherrschaft“ forderten.

Die Mobilisierung zu dem vom iranischen Regime ausgerufenen Al Quds-Tag, der international am Ende des Ramadan begangen wird,

Antisemitische Vorfälle seit November 2022

9. November 2022, Flensburg

Am Donnerstagnachmittag erhielt die jüdische Gemeinde an der Friesischen Straße in Flensburg eine telefonische Bombendrohung. Bei einer Durchsuchung konnten keine verdächtigen Gegenstände gefunden werden.

12. November 2022, Frankfurt/Oder

Am Samstagabend wurde der Verein Utopia, der sich für antifaschistische und antirassistische Jugendarbeit einsetzt, von einer rechtsextremen Gruppe angegriffen und antisemitisch beleidigt. Die Angreifenden zeigten Hitlergrüße und riefen „Kommt raus, ihr scheiß Juden!“.

13. November 2022, Niederwerrn

Unbekannte haben das Mahnmal für die deportierten jüdischen Familien aus Niederwerrn beschädigt. Das Mahnmal wurde umgestoßen, sodass ein Sachschaden von über 1.000€ entstand.

schwächtelt seit Jahren in Deutschland. Die Demonstrationen, die die Vernichtung Israels propagieren und unter dieser Forderung Antisemit*innen verschiedenster Couleur zusammenbringen, hatten vor der Corona-Pandemie jährlich mehrere hundert Menschen in Berlin auf die Straße gebracht. Die Demonstration fand in diesem Jahr ersatzweise in Frankfurt/Main statt. Dort zogen am 15. April 2023 ca. 500 Menschen mit Parolen gegen Israel und dem Portrait des religiösen Oberhauptes des Iran durch die Stadt.

Im Mai 2023 trat der unter anderem wegen seiner prominenten Unterstützung für die Israel-Boykott-Kampagne kritisierte Musiker Roger Waters in mehreren Städten Deutschlands auf. In Berlin, München und Köln machte seine „This Is Not A Drill Tour“ Station. Begleitet waren die Konzerte von öffentlichen Diskussionen über seine politische, teils antisemitische Positionierung, bis hin zu Absage-Forderungen und Protestkundgebungen. Kritisiert wurde er unter anderem für die Ausstellung eines Schweines, auf dem neben Firmenlogos auch ein Davidstern zu finden war und seine notorische Gleichsetzung von historischem Faschismus und der Politik des israelischen Staates gegenüber den Palästinenser*innen. Im Juli 2023 veröffentlichte der Autor Fabian Wolff einen Text, in dem er offenbarte, dass seine angenommene jüdische Identität eine Lüge gewesen war. Er hatte auf Basis dieser Selbstverortung in verschiedenen Medien Meinungsartikel publiziert, sich stark antizionistisch positioniert und nicht selten Jüdinnen*Juden mit

anderen Meinungen verbal angegriffen. Die Offenlegung seiner nicht-jüdischen Identität führte zu einer breiten und teils erbittert geführten Diskussion über Sprechorte, die (Selbst)Erhöhung durch die Annahme von Opferidentitäten und die Rolle, die deutsche Medien gesellschaftlichen Minderheiten im öffentlichen Diskurs einräumen. Wolffs Fake, so waren sich viele jüdische Stimmen einig, hatte ihrer Position in politischen Diskursen einen erheblichen Schaden zugefügt.

Im August dieses Jahres veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung“ ihre Recherchen, nach denen Hubert Aiwanger, rechtspopulistischer Politiker der „Freien Wähler“ und stellvertretender Ministerpräsident Bayerns, im Jugendalter Kopien eines antisemitischen Flugblatts im Schulranzen mit sich führte und durch rechtsextreme Aussagen auffiel. Im Flugblatt wird sich unter anderem über die Vernichtung von Jüdinnen*Juden während des Holocaust lustig gemacht. Aiwanger stritt zunächst ab, der Verfasser des rechtsextremen Flugblatts zu sein, bald darauf ließ sein Bruder öffentlich erklären, dass er das Flugblatt zu verantworten hätte. Wie dem auch sei, was folgte, war das Musterbeispiel einer Täter-Opfer-Umkehr. Aiwanger formulierte die Verschwörungsidee, dass die „SZ, womöglich mit Hilfe anderer Kreise“ mit der Veröffentlichung der Recherchen ganz bewusst bis zum bayerischen Wahlkampf gewartet hätte und hier zudem die Shoah instrumentalisiert worden wäre, um ihn „politisch zu vernichten“. Politische Partner wie die CSU tragen

ihr übriges zur Relativierung des Vorfalles bei. Die ganze Geschichte blieb letztendlich ohne Konsequenzen für Aiwanger, im Gegenteil, mit ihm als Vorsitzenden fuhr seine Partei nach dem Skandal ein Spitzenergebnis von 15,8 % ein.

Im Oktober diesen Jahres griff die Hamas in einem groß angelegten Angriff israelische Orte und Zivilist*innen an. Dies geschah in einem pogromartigen Ausmaß, das es seit 1945 nicht mehr gegeben hat. Schätzungen zufolge wurden über 1.200 Menschen massakriert und mehr als 150 Menschen - teils Kleinkinder und Senior*innen - in den Gazastreifen verschleppt. Auffällig ist auch die misogynen Inszenierung der Verschleppung und Tötung junger Frauen, deren Anteil unter den Opfern hoch ist. Antiimperialistische Gruppen und Medien wie Young Struggle, Klasse gegen Klasse, die Junge Welt, Zora und die PFLP-Vorfeldorganisation Samidoun feiern dies als legitimen Teil eines vermeintlich emanzipatorischen Befreiungskampfes. In Neukölln verteilte Samidoun noch am Samstag, dem ersten Tag des Angriffs an dem bereits hunderte Zivilist*innen getötet wurden, Süßigkeiten, um den „Sieg des Widerstandes“ zu feiern, und Zora begründet ihre Solidarität mit den Angriffen damit, dass es nicht um „bürgerlichen Moralismus“ gehen könne. Es zeigt sich hier, was diese Gruppen meinen, wenn sie bei Demonstrationen am „Nakba“-Jahrestag „From the river to the sea“ oder „Yallah Intifada“ propagieren. Der israelbezogene Antisemitismus dieser Gruppen und ihrer Veranstaltungen sollte spätestens jetzt nicht mehr zu leugnen sein.

16. November 2022, Berlin-Spandau
Zwei Brüder (21 und 16 Jahre) wurden von einer Gruppe von Männern angegriffen. Die Angreifer warfen den Brüdern vor „Free Israel“ gerufen zu haben, was die Brüder dementieren. Die fünf bis zehn Angreifer verfolgten die beiden Brüder und griffen sie immer wieder mit Baseballschlägern, Pfefferspray und Messern an und verletzten diese. Die Angreifer hörten erst auf, als Zeug*innen auf den Angriff aufmerksam wurden.

17. November 2022, Essen
In Essen wurde auf das Rabbinerhaus bei der Alten Synagoge geschossen. Die vier Schüsse stammen aus einer scharfen Waffe. Beschädigt wurde dabei auch die verglaste Eingangstür. Die Polizei geht von einem männlichen Täter aus und hat die Fahndung eingeleitet.

10. Dezember 2022, Frankfurt/Oder
In der Nacht vom 9.12.2022 auf den 10.12. haben Unbekannte den Syna-

gogen-Gedenkstein verwüstet. Die Täter*innen rissen Blumengestecke von dem Gedenkstein, zerpflückten und stahlen sie und warfen aufgestellte Grabkerzen auf die Straße. Die Kriminalpolizei ermittelt und sucht nach den Täter*innen. Der Gedenkstein erinnert an die Synagoge, die in der Pogromnacht 1938 angezündet wurde.

19. Dezember 2022, Erlangen
Zur Erinnerung an den antisemiti-

Höcke ist ein Nazi, und die AfD greift nach der Macht. Wer stoppt den neuen Faschismus?

Im kommenden Jahr 2024 stehen in ganz Ostdeutschland Wahlen auf kommunaler und Landesebene an. Die AfD droht dort außerhalb der Großstädte nahezu flächendeckend zur stärksten oder zweitstärksten Partei zu werden. Der Thüringer AfD-Chef Höcke, ohne den oder gegen den auch in der Bundes-AfD mittlerweile nichts mehr geht, inszeniert sich seit Jahren als charismatische Führer- und Erlöserfigur und wird auch tatsächlich von zehntausenden Anhänger*innen als solche verehrt.

Höckes familiärer und biografischer Hintergrund ist nachweislich zutiefst rechtsextrem geprägt. Der Mächtegern-Führer hält regelmäßig große Reden, die von völkischem Ultranationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus nur so triefen. Höcke vertritt ganz klar einen Post-Schoa-Antisemitismus. Schon in seiner Dresdener Rede von 2017 forderte er nicht nur eine totale Kehrtwende in der Erinnerungspolitik und prangerte das Berliner Holocaustmahnmal als „Denkmal der Schande“ an, sondern er warf der Anti-Hitler-Koalition auch vor, dass sie die Deutschen vor und

nach 1945 habe ausrotten wollen: Täter-Opfer-Umkehrung in Reinform. In vielen seiner Reden raunt Höcke in codierter und verklausulierter Form von der „jüdischen Weltverschwörung“. Außerdem droht er gegnerischen Kräften und gesellschaftlichen Minderheiten ausdrücklich mit „wohltemperierter Grausamkeit“ und damit, dass „wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, mitzumachen.“ (Zitate aus Höckes Interviewbuch von 2018). Höcke und sein Anhang können ihre faschistischen Macht-, Gewalt- und Bestrafungsfantasien noch nicht unmittelbar verwirk-

lichen. Aber sie arbeiten mit voller Kraft darauf hin. Ihr Nahziel und das der gesamten AfD ist die Umformung der liberalen parlamentarischen Demokratie in einen neuen Autoritarismus nach dem Muster Orbáns in Ungarn und Kaczynskis in Polen. Das nazistische Fernziel von Höcke ist damit aber noch lange nicht erreicht.

Alle wissen um diese Gefahr oder könnten darum wissen, trotzdem nimmt der Widerstand gegen die AfD nicht zu, sondern er nimmt ab. Gerade in Thüringen, wo Höcke seine Hauptbühne hat, zeigen sich CDU und FDP zunehmend bereit, die AfD wie eine normale Partei zu

schen Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke fand am 19.12. die jährliche Gedenkveranstaltung in Erlangen statt. Beide wurden an diesem Tag im Jahre 1980 von einem Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ erschossen. Während der Gedenkveranstaltung rief ein Mann „Sieg Heil“ in Richtung der Demonstrierenden. Zudem störte ein Passant die Veranstaltung, indem er lautstarke Musik über eine Soundbox abspielte. Im Anschluss an die

Gedenkveranstaltung fand dort eine Chanukkahfeier statt. Dabei warf ein weiterer Mann Glasflaschen in Richtung der Teilnehmenden.

31. Dezember 2022, Ermreuth

In einer ehemaligen Synagoge in Oberfranken wurden in der Silvesternacht die Fensterscheiben beschädigt. Es wird vermutet, dass mit einer Silvesterrakete Feuer in der ehemaligen Synagoge gelegt werden sollte.

3. Januar 2023, Guben

Drei unbekannte Täter*innen haben in der Nacht von Sonntag zu Montag auf dem jüdischen Friedhof drei Grabsteine umgestoßen.

27. Januar 2023, Hamburg

Auf dem Platz der jüdischen Deportierten auf dem Uni-Gelände der Uni Hamburg wurde ein Gedenkstein mit Farbe besprüht.

behandeln. Die maßgeblichen demokratischen Parteien kommen der AfD politisch entgegen, insbesondere bei der gewaltsamen Abwehr unerwünschter Migrant*innen. Die rechten Flügel von Union und FDP liebäugeln längst mit der AfD als machtpolitischer Bündnisoption für einen rechten Rollback in der Gesellschaft.

Das Vertrauen in irgendwelche Brandmauern oder Sperrgürtel der bürgerlichen Demokratie ist gefährlich. Diejenigen, die vom Faschismus bedroht werden, müssen ihn schon selber verhindern. Das geht mit massenhaftem zivilem Ungehorsam, mit Blockaden und Störaktionen. Die faschistischen Inszenierungen Höckes und der Seinen müs-

sen gestört und zerstört werden. Und: Nur Massenproteste können die Rechtskräfte in CDU/CSU und FDP davon abhalten, der faschistisch dominierten AfD irgendwann den Steigbügel der Regierungsmacht hinzuhalten.

Analysen und Kampagnenmaterial zu „Höcke ist ein Nazi“: <https://kurzelinks.de/0x83>

.....
Merle Stöwer

Antifa heißt Solidarität mit allen Jüdinnen*Juden

Der Anschlag auf die Jüdische Gemeinde Halle jährt sich zum vierten Mal. Die Erinnerung an den Tag, an dem ein Rechtsextremist Jana Lange und Kevin Schwarze ermordete, verhallt dumpf in einer Woche, die einmal mehr gezeigt hat, welchen mörderischen Angriffen jüdisches Leben weltweit ausgesetzt ist.

Zwei Tage zuvor, am 7. Oktober, griff die islamistische Terrororganisation Hamas den Staat Israel und seine Einwohner*innen vollkommen überraschend an. Sie überzogen das Land mit Raketenbeschuss, überfielen Dörfer und Kibbuzim, töteten, vergewaltigten, misshandelten und entführten

hunderte. An einem einzigen Tag ermordeten die Hamas-Terroristen über 1.200 Menschen. Etliche werden weiterhin vermisst. Überall auf der Welt bangen Jüdinnen*Juden um Angehörige und müssen antisemitische Angriffe in der Diaspora fürchten. Zeitgleich feiern andere die Lynchmorde der Hamas in den

Straßen und sprechen von einem vermeintlichen palästinensischen Befreiungskampf. Die Wahl zum bayerischen Landtag am Tag darauf zeigt eine andere, die geschichtsrevisionsistische deutsche Fratze des Antisemitismus: Die Freien Wähler wurden zweitstärkste Kraft, nur knapp vor der AfD,

3. Februar 2023, Berlin

An der Kneipe eines israelischen Inhabers wurde ein Zettel mit hebräischen Beleidigungen und Bedrohungen angebracht.

8. Februar 2023, München

Der Personenschützer der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch soll in WhatsApp-Chats rassistische, nationalsozialistische und antisemitische

Äußerungen getätigt haben, sowie Charlotte Knobloch verunglimpft haben.

10. März 2023, Mönchengladbach

Auf die Atelier- und Wohnungstür der israelischen Künstlerin Ora Avital wurden ein Hakenkreuz und Hassbotschaften geschmiert.

15. März 2023, Gelsenkirchen

Unbekannte haben das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialis-

mus im Gelsenkirchener Stadtgarten mit volksverhetzenden Parolen beschriftet.

23. März 2023, Braunschweig

An der KZ-Gedenkstätte Schillstrasse in Braunschweig wurde eine abgelegte Gips-Figur mit der Aufschrift „Tötet alle Juden!“ gefunden.

12. April 2023, München

Ein 36-jähriger Mann wurde am 12.04.2023 in München festgenom-

und Hubert Aiwanger erlangte das Direktmandat in seinem Wahlkreis. Diese Wahlergebnisse erzielten Aiwanger und Co nicht trotz des Skandals um das antisemitische und hitlerverrherrlichende Flugblatt, sondern genau deswegen. Antisemitismus bricht sich Bahn, wohin das Auge blickt.

In diesem Schmerz jährt sich das Trauma von Halle zum vierten Mal. An Yom Kippur 2019 hatte ein Rechtsextremist die Synagoge in Halle angegriffen. Lediglich die schwere Holztür konnte ihn davon abhalten, ein Massaker an den dort zu dem hohen Feiertag Versammelten anzurichten. Im Anschluss erschoss er die Passantin Jana Lange und Kevin Schwarze, der gerade beim Kiez-Döner zu Mittag aß. Auf seiner Flucht fuhr der Attentäter zunächst eine Person aus rassistischen Motiven an und schoss anschließend ein Ehepaar in Wiedersdorf nieder, als er versuchte, ihr Auto zu stehlen. Die umfangliche Aufklärung der Tat sowie der Ideologie des Täters ist in erster Linie den Nebenkläger*innen zu verdanken: Sie, die Überlebenden des Attentats, waren es, die Lücken in der Aufklärung benannten und Einordnungen forderten. Die Nebenklage betonte, dass der Täter mitnichten der von der Dominanzgesellschaft stets beschworene »Einzeltäter« war, sondern sich in einem sozialen Umfeld bewegte,

in dem er geduldet war und für antisemitische und rassistische Aussagen kaum Widerspruch erhielt. Gleichzeitig war er in Internetforen auf Gleichgesinnte gestoßen, die ihn und sich mit ihm radikalisierten.

Auch in diesem Jahr kam um 12.03 Uhr, der Uhrzeit des ersten Schusses vor vier Jahren, alles in Halle zum Stillstand – in Erinnerung an den Angriff auf die 52 Jüdinnen*Juden in der Synagoge, in Erinnerung an Jana Lange und Kevin Schwarze. Doch es kann nicht bei dem jährlichen Ablegen von Kränzen und den läutenden Kirchenglocken bleiben. Es muss darüber gesprochen werden, dass die Jüdische Gemeinde seit langem vergeblich mehr Polizeischutz für die Synagoge gefordert hat, dass sie sich nicht auf den Schutz des deutschen Staates verlassen konnte.

Es muss darüber gesprochen werden, dass es nirgendwo Sicherheit für Jüdinnen*Juden gibt: weder in Israel noch in der Diaspora sind sie vor dem antisemitischen Wahn der Faschisten, der Islamisten und ihrer Steigbügelhalter sicher.

Antifa bedeutet: Solidarität mit allen Jüdinnen*Juden!

men. Er zeigte den Mitarbeiter*innen des Kreisverwaltungsreferates zunächst den Hitlergruß, schrie dann während seiner Festnahme jüdenfeindliche Parolen und sang ein volksverhetzendes Lied.

21. April 2023, München

Mehrere jüdische Einrichtungen in München, darunter auch eine Synagoge, erhielten am 21.04.2023 E-Mails mit antisemitischem und rechtsmotiviertem Inhalt.

7. Mai 2023, Schleife (Lausitz)

Bei der Anreise von Klimaaktivist*innen in der Lausitz rufen Anwohner*innen antisemitische Drohungen. Die Anwohner*innen schreien: „Die Juden verbrennen wir zuerst, dann kommt ihr, ihr seid die ersten, die wir nach Auschwitz fahren, wir verbuddeln euch im Tagebau!“. Weitere Drohungen durch Anwohner*innen erfolgen während der Demonstration.

23. Mai 2023, Berlin

Am 23.05.2023 wurde ein 45-jähriger Mann durch zwei Unbekannte in Berlin-Marzahn zunächst antisemitisch beleidigt. Daraufhin flüchtete der 45-Jährige in einen Hauseingang, wo ein Angreifer mehrfach versuchte, ihn zu schlagen und zu treten.

9. Juni 2023, Aschaffenburg

In Aschaffenburg wurden am 09.06.2023 mehrere Stolpersteine



Audiowalk

„Ihr letzter Weg“

In diesem Audiowalk erhalten Sie Einblicke in die Schicksale jüdischer und nicht-jüdischer Menschen während des Nationalsozialismus, insbesondere hier in Berlin-Moabit. Menschen, die von den Nazis deportiert und ermordet wurden. Oder die überleben konnten. Oder die anderen unter Lebensgefahr geholfen haben. Dies sind nur Beispiele, wie es sie damals in unbegreiflich hoher Zahl gegeben hat.

Berlin war der bedeutendste Ort jüdischen Lebens in Deutschland. Als die Nationalsozialisten im Jahr 1933 an die Macht kamen, waren hier mehr als 160.000 Jüdinnen und Juden gemeldet, davon allein über 12.000 im damaligen Bezirk Tiergarten. In der Zeit von 1933 bis '38 wurden 1.400 Gesetze gegen die jüdische Bevölkerung erlassen. Gegen Menschen, die in diesem Staat gelebt haben, die Nachbarn waren.

Als sie dachten, es würde nicht mehr schlimmer kommen, begannen die Nazis mit den Deportationen in die Vernichtungslager, vor aller Augen. Aber im Nachhinein wollte niemand etwas bemerkt haben. Angeblich hatte niemand etwas gesehen oder jemanden vermisst – obgleich alles am helllichten Tag geschah.

Mit diesem Audiowalk gehen wir gemeinsam den Weg ab, den tausende Jüdinnen und Juden gehen mussten, vom Sammellager in der Levetzowstraße zum Güterbahnhof Moabit. Ihr letzter Weg führte diese Menschen in Konzentrationslager wie Auschwitz, Majdanek und Treblinka, in die Ghettos wie Litzmannstadt oder Theresienstadt.

Der erste Deportationszug verließ Berlin am 18. Oktober 1941. Auf der sogenannten Wannsee-Konferenz im Januar 1942 wurde die systematische Vernichtung der Juden beschlossen und organisiert. Eine wichtige Rolle mussten dabei jüdische Institutionen und Einrichtungen spielen, die von den Nazis missbraucht wurden. So auch an dieser Stelle, Levetzowstraße Ecke Jagowstraße, wo eine der größten Synagogen Berlins stand. Hier beginnt der Audiowalk.

Alle Infos: www.ihrletzterweg.de

Ein Projekt der Moabiter Stadtteilinitiative „Sie waren Nachbarn“





www.siewarennachbarn.de

(Anti-)Antisemitismus, Recht und Justiz

Als Ambivalenz des modernen Staates gilt, dass dieser sowohl die Grundlage für Antisemitismus bildet als auch ein Instrument für dessen Bekämpfung sein kann. Antisemitismusfreiheit kann der moderne Staat demnach nicht garantieren. Der viel beschworene Kampf gegen Antisemitismus in der Bundesrepublik hat eine schwierige Entstehungs- und eine lange Entwicklungsgeschichte. Es ist von Widersprüchen geprägt und oft in Lippenbekenntnissen verbleibend. Dies offenbart sich gerade anhand der deutlich dahinter zurückbleibenden politischen wie justiziellen Praxis: Antisemitismus wird regelmäßig nicht erkannt, benannt und sanktioniert und schließlich auch verharmlost, relativiert und so gestärkt.

Entscheidungen deutscher Gerichte zu Antisemitismus, zuvörderst das Kölner Beschneidungsurteil und das Urteil des AG-Wuppertal, sind für viele Jüdinnen*Juden ein Zeichen für antisemitische Tendenzen sowie Unkenntnis hinsichtlich Antisemitismus und jüdischem Leben seitens der Justiz. Das Landgericht Köln ordnete 2012 die auch im Judentum praktizierte kulturell-religiöse Vorhautbeschneidung als nicht zu rechtfertigende strafbare Körperverletzung ein, was zu Recht von zahlreichen jüdischen Stimmen kriti-

siert wurde. Das Amtsgericht Wuppertal verharmloste 2015 das Werfen von Molotow-Cocktails von mehreren Jugendlichen auf die Synagoge in Wuppertal, sprach nur Bewährungsstrafen aus und stellte im Urteil fest: „[D]as Ergebnis der Ermittlungen ergab ansonsten keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Angeklagten antisemitisch eingestellt sind. [...] Das Gericht konnte daher im Ergebnis nicht sicher ausschließen, dass möglicherweise auch tatsächlich eine rein politische Motivation [im Kontext des Nahostkonflik-

tes], jedenfalls bei zwei der drei Angeklagten, der Grund für die Tatbegehung war.“

Ähnlich Antisemitismusverharmlosendes wird von weiteren Entscheidungen bestätigt, in denen diverse Spielarten des Antisemitismus verhandelt werden. So wird beispielsweise das Wittenberger Sandsteinrelief vom Bundesgerichtshof durch die vorgenommene „Kontextualisierung“ quasi entantisemitisiert. Das jahrhundertealte judenfeindliche Relief am Wittenberger Dom („Judensau“)

mit einer unbekanntem, ätzenden Flüssigkeit übergossen.

11. Juni 2023, Berlin-Grünwald

Am 11.06.2023 haben vier bisher unbekannte Täter in Berlin-Grünwald eine zum Mahnmal „Gleis 17“ gehörende Gedenktafel beschädigt.

28. Juni 2023, Berlin-Spandau

In Berlin-Spandau wurde am 28.06.2023 das Mahnmal für die zerstörte Synagoge am Altstadtufer zerstört.

6. Juli 2023, Zwickau

In der Zwickauer Innenstadt wurden zwei Gedenktafeln mit schwarzer Farbe beschmiert. Die Tafeln erinnern an die Deportation von Jüdinnen*Juden in der NS-Zeit.

25. Juli 2023, Würselen

In Würselen wurden am 25.07.2023 fünf Gräber sowie die Friedhofsmauer mit Hakenkreuzen beschmiert.

8. August 2023, München

In der Münchner Innenstadt wurden am 08.08.2023 eine Gruppe Grundschulkindern sowie deren Betreuer*innen während ihres Ferienprogramms der israelistischen Kultusgemeinde durch eine 57-jährige Frau antisemitisch beschimpft. Die Frau bezeichnete die Gruppe unter anderem als „Scheiß-Juden“.

12. August 2023, Berlin-Grünwald

Am 12.08.23 wurde durch ei-

wurde zwar als „in Stein gemeißelter Antisemitismus“ benannt, aufgrund der Kontextualisierung durch eine (kleine) Gedenktafel müsse eine Entfernung jedoch nicht erfolgen: „Auch wenn das Relief von Anfang an und immer nur der Diffamierung und Verunglimpfung von Juden diene und kaum eine bildliche Darstellung denkbar ist, die in höherem Maße im Widerspruch zur Rechtsordnung steht, gebietet die Rechtsordnung nicht seine Beseitigung“, so das oberste Gericht.

In einem anderen Fall, der sich in mehreren deutschen Städten abspielte, wurden Wahlplakate der extrem rechten Partei „Die Rechte“ („Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück!“), die häufig unmittelbar in der Nähe von Synagogen aufgehängt worden waren, von Staatsanwaltschaften und Gerichten immer wieder nicht als Volksverhetzung erkannt und vielmehr als legitime Kritik am Staat Israel eingeordnet.

Versammlungen, auf denen offen israelbezogener Antisemitismus geäußert wird, sind nicht selten. Diese wurden lange nicht eingeschränkt bzw. verboten. Erst in letzter Zeit wird teilweise gegen das Tragen von „Judensternen“ oder israelfeindlichen Parolen auf Versammlungen vorgegangen – jedoch nicht ausnahmslos. Noch 2014

wurde der Satz „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“ von der Berliner Staatsanwaltschaft für straffrei befunden – immerhin, das hat sich mittlerweile geändert.

Dass Antisemitismus auch in der Exekutive eine gefährliche Verbreitung genießt, zeigen die zahlreichen rechtsradikalen Polizei-Chatgruppen. Besonders alarmierend ist der Fall eines Polizeibeamten, der u.a. als Personenschützer des israelischen Generalkonsuls und der Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde Bayern, Charlotte Knobloch, tätig war. Dieser war vom Dienst suspendiert worden, da er in Chatgruppen neben der Verwendung von Kürzeln „HH“ und „SH“ auch davon geschrieben hatte, dass er Frau Knobloch lieber nach Dachau fahren würde als nach Auschwitz, da er so früher zuhause wäre. In einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht München wehrte sich dieser gegen seine Suspendierung und bekam glatt recht: Das Gericht entschied, dass der Polizist – nach einer Zurückstufung – im Amt bleiben dürfe.

Hintergrund dieser Entscheidungen dürfte wohl auch die gescheiterte „Vergangenheitsbewältigung“ in Rechtswissenschaft und -praxis sein, die Auseinandersetzung mit Antisemitismus auf der Strecke ge-

lassen hat und schlicht rechtsstaatliche „Lehren“ aus dem Nationalsozialismus gezogen hat, anstatt einer Erziehung nach Auschwitz. Recht und Justiz wurden im Nationalsozialismus von Jurist*innen für den Massenmord an den europäischen Jüdinnen*Juden genutzt. Auch führende NS-Juristen konnten in der Bundesrepublik weitgehend unbehelligt lehren, veröffentlichen und praktizieren.

Insgesamt – und dies spiegelt die strukturell antisemitische Gesamtgesellschaft – ist heute in Rechtswissenschaft und -praxis eine gravierende Unkenntnis und fehlende Reflexion auf antisemitische Kontinuitäten und jüdischen Leben in Deutschland zu verzeichnen. Die menschenverachtenden, terroristischen Angriffe der Hamas auf Israel sowie die Wahlerfolge einer rechtsradikalen Partei mit antisemitischer Grundtendenz als weiterer Diskursschub für Antisemitismus werden in ihren Folgen auch die Gerichte beschäftigen. Dass diese zukünftig einen angemesseneren Umgang mit Antisemitismus vor Gericht finden und praktizieren ist absolute Notwendigkeit.

nen 63-jährigen Mann die Gedenk-Bücherbox unweit des Holocaust-Mahnmals im Grunewald angezündet und brannte aus.

15. August 2023, Celle

In Celle wurde am 15.08.2023 der Sitz der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten angegriffen. Hierbei wurden mehrere Fensterscheiben zerstört und eine Informationstafel von der Wand gerissen. Zuvor hatte die Stiftung gemeinsam mit anderen

Akteuren zu einer Demonstration gegen den Landesparteitag der AfD aufgerufen.

22. August 2023, Hamburg

In Hamburg wurde am 22.08.2023 die Tafel am Platz der jüdischen Deportation mit gelber Farbe beschmiert.

31. August 2023, Berlin Neukölln

In Berlin-Neukölln wurden am 31.08.2023 zwei holländische Tou-

risten von drei Unbekannten zunächst angespuckt und daraufhin antisemitisch beleidigt und angegriffen.

5. September 2023, Gedenkstätte Buchenwald

An der Gedenkstätte Buchenwald wurden erneut Schmierereien und ein Hakenkreuz auf dem Gedenkstätten Parkplatz gefunden.

Das Scheunenviertelpogrom von 1923

Nach dem ersten Weltkrieg und nach der Zerschlagung der Novemberrevolution 1918 in Berlin formierten sich in der Stadt neue rechts-konservative und nationalistische Organisationen. Sie fungierten als Sammelbecken für die sogenannten Verlierer des Krieges. Schon zügig wurde auf Versammlungen und in Schmähchriften dieser reaktionären Gruppierungen ein Sündenbock geschaffen.

Es hieß, die Jüdinnen*Juden seien für die Niederlage und die daraus folgenden Krisenerscheinungen verantwortlich. Die Weimarer Republik wurde in konservativen und rechtsradikalen Kreisen als Judenrepublik diffamiert und ihre neue Fahne „Schwarz-Rot-Gold“ als Judenfahne verunglimpft. Schon damals bediente man sich in Hetzpamphleten unverkennbar antisemitischer Stereotypen und rief zur Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung von Berlin auf.

Auch in den damaligen Regierungskreisen und Sicherheitsbehörden bediente man sich regelmäßig antisemitischer Ressentiments. Diese richteten sich hauptsächlich an jüdische Flüchtlinge und Migrant*innen aus Osteuropa, die in ihrer Heimat bereits Gewaltexzessen ausgesetzt waren oder als billige Arbeitskräfte für die Industrie nach Deutschland geholt wurden.

Die Jüdische Rundschau meldete in ihrer Ausgabe vom 9. November 1923: „Die Früchte der Saat, die fünf Jahre systematisch ausgestreut worden ist, sind gereift. Der Antisemitismus, der in ganz Deutschland wie eine Pest um sich gegriffen hat, hat nun auch in Berlin seine Opfer gefordert.“⁽¹⁾

In den Tagen vor dem 5. und 6. November 1923 kam es bereits an verschiedenen Orten in Berlin zu Plünderungen von Geschäf-

ten. Der Grund dafür war eine rasante Abwertung der Währung und eine enorme Preissteigerung für Brot und andere Lebensmittel. Am Vormittag des 5. Novembers sammelten sich tausende Erwerbslose vor dem Arbeitsamt in der Gormannstraße um Unterstützungsgelder zu erhalten. Das Amt teilte den Wartenden mit, dass keine Unterstützung ausgezahlt werden kann, da kein Geld mehr vorhanden sei. Mehrere Quellen berichteten von deutsch-völkischen Agitatoren, die vor Ort das Gerücht verbreiteten, dass das Notgeld von „Galiziern“ aufgekauft worden sei. Ein großer Mob zog daraufhin in das Scheunenviertel und fing an, jüdische Geschäfte und Wohnungen zu plündern. Sie drangen in die Wohnungen ein und verprügelten die Bewohner*innen. Auf der Straße wurden für die Täter*innen jüdisch aussehende Menschen zu Boden geschlagen, ihrer Kleidung beraubt und unter Gejohle durch die Straßen gejagt. Die sehr spät anrückende Schutzpolizei bekam die Lage lange Zeit nicht unter Kontrolle. Als eine Gruppe von etwa 20 jüdischen Frontkämpfern aus dem 1. Weltkrieg ihren Glaubensgenoss*innen zu Hilfe eilte, wurde diese von einer Menschenmasse eingekesselt und bedroht. Ein vorbeifahrender Mannschafts-

wagen der Polizei ignorierte die eingekreisten Männer des Reichsbunds Jüdischer Frontkämpfer. Erst nachdem aus Notwehr ein Schuss fiel und ein antisemitischer Hetzer tödlich getroffen war, erschienen 18 Polizeibeamte und verhafteten die jüdischen Frontkämpfer. Während des Transports zur Polizeiinspektion am Alexanderplatz wurden die Verhafteten von der Polizei beschimpft und mit Schlägen und Tritten misshandelt. Die Plünderungen und Gewalttätigkeiten hielten über Nacht an. Erst am 6. November riegelte die Polizei das Scheunenviertel ab, um den Kiez von Randalierern zu säubern. Die jüdische Bevölkerung des Viertels trug bei diesem grausamen Pogrom teils schwere Verletzungen davon, war traumatisiert und wurde wirtschaftlich ruiniert.

In einem Bericht der Polizeiinspektion vom 7. November 1923 heißt es: „Der Ursprung der Plünderung am 5.11. ist lediglich auf das Verhalten der Ostjuden zurückzuführen.“⁽²⁾ Opfer wurden zu Tätern gemacht. Die Strafverfolgung und die juristische Aufarbeitung dieses Pogroms endete mit einer herben Enttäuschung für die Leidtragenden. Mit der Machtübertragung an die Nazis 1933 wurde dieser barbarische Antisemitismus zur mörderischen Staatsdoktrin.

(1) „Jüdische Rundschau“ Nr. 96, 9.11.1923

(2) Rainer Zilkenat in dem Buch „Das Scheunenviertel“

Links und Kontakte

» Bündnis-Kontakt:

Website: 9november.blackblogs.org

Mail: 9november@riseup.net

Instagram: [@9novemberberlin](https://www.instagram.com/9novemberberlin)

Facebook: [@9.november.gedenken](https://www.facebook.com/9.november.gedenken)

» Beteiligte Gruppen:

*Andere Zustände Ermöglichen (*AZE)

Web: aze.tem.li

Mail: aze@riseup.net

Autonome Neuköllner Antifa (ANA)

Web: www.antifa-neukoelln.net

Mail: antifa-neukoelln@systemli.org

Berliner VVN-BdA

Web: berlin.vvn.bda.de

Mail: berlin@vvn-bda.de

Emanzipative & antifaschistische Gruppe Berlin (EAG)

Web: eag.tem.li

Mail: eag-berlin@riseup.net

Theorie, Kritik & Aktion (TKA)

Web: tka.tem.li

Kontakt: tka@riseup.net

» Weitere Initiativen, Verbände und Gruppen:

Halle-Gedenken: ak9oktoberhalle.noblogs.org

Hashomer Hatzair: www.hashomer-hatzair.de

Masiyot - Bildung, Aufklärung, Kritik e.V.:

www.masiyot.de

» Meldestellen:

RIAS Berlin: report-antisemitism.de/rias-berlin

Berliner Register: berliner-register.de

Amadeu Antonio Stiftung: amadeu-antonio-stiftung.de

» Aktuelle Buchtipps:

Dinkelaker, Philipp (2017): Das Sammellager in der Berliner Synagoge Levetzowstraße 1941/42. Metropol Verlag.

Friedländer, S., Frei, N., Steinbacher, S. & Diner, D. (2022): Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust. C.H.Beck.

Sznaider, Natan (2022): Fluchtpunkte der Erinnerung - Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus. Hanser Literaturverlage.

Grigat, S., Hoffmann, J., Seul, M. & Stahl, A. (2023). Erinnern als höchste Form des Vergessens? (Um-)Deutungen des Holocaust und der „Historikerstreit 2.0“. Verbrecher Verlag.

Krampitz, K. (2023): Pogrom im Scheunenviertel. Antisemitismus in der Weimarer Republik und die Berliner Ausschreitungen 1923. Verbrecher Verlag.

Potter, N. & Lauer, S. (2023). Judenhass Underground. Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen. Hentrich & Hentrich.





9november.blackblogs.org